



## Jetzt geht's rund ...

... sprach der Spatz und flog in den Ventilator



Währenddessen man in PI-Leiterberatungen bereits von einem verbindlichen und unabänderbaren Organisations- und Dienstpostenplan spricht, streiten die Berufsvertretungen dazu noch um ihre Beteiligung. Mit der Einleitung von Strafverfahren wegen Geheimnisverrats sind nun ganze Informationsstränge gekappt. Die HPR-Mitglieder fürchten eine Anzeige, wenn sie ihre eigene Berufsvertretung mit Wissen ausstatten und eine darauf abgestellte Änderung der Informationsflüsse lag bis vor wenigen Tagen noch nicht vor. Erst als man uns nach der Meinung fragte, wurde bekannt, dass wir eigentlich gar nichts wissen.

Die Vereinbarung über die Abwicklung der Stellenbesetzungen klingt geschmeidig. Wegen vieler Umstände vor Ort, die in der abstrakten Reformplanung nicht bekannt sind, kann man aber eben nicht einfach alle, die auf den Dienstposten sitzen, darauf belassen. Mit der Neuverteilung interessanter Dienstpostenbewertungen bleibt unter anderem die heile Welt einer Gebietsinspektion auch keine heile Welt mehr. Beispielsweise verschlechtert sich die Dienstpostenbewertung einiger Kriminalisten derart, dass ein regelrechter Run auf die attraktiven Stellen in den Ermittlergruppen der PI'en einsetzt. Damit rutschen nicht nur jene Beamten nach unten durch, deren Dienstposten abgeschafft worden sind. Das Besetzungsverfahren bleibt also spannend

und so einfach, wie sich die Macher der Reform eine Dienstpostenzuweisung denken, wird es gewiss nicht werden.

Eigenen Ermittlungen zufolge kann man den Begriff der Macher zur Veränderung einer bislang akzeptablen Dienstvereinbarung nun wohl auf eine Einzelperson beschränken. In all den Monaten, in denen nichts passierte, waren wir immer schön eingebunden und nun, wo es „um die Wurst geht“, müssen wir unsere Beteiligung erst einfordern. Wir können den bei uns eingehenden Nachfragen so einfach nicht gerecht werden! Was sollen wir bspw. den Tarifbeschäftigten sagen, die in den zunächst herausgebrachten ODP's einfach gar keine Erwähnung finden. Von den Verwaltungsbeamten der Polizeidirektionen bleiben gerade noch eine Hand voll vor Ort. Doch mehr als die Frage, warum wir uns da überhaupt noch so eine Führungsebene leisten wollen, quält einen guten Personalvertreter die Sorge um die Machbarkeit künftiger Fahrstrecken und -zeiten. Gerade den geringer bezahlten Beschäftigten darf man da keine Extreme zumuten.

Es wandern auch nicht alle Aufgaben nach Erfurt und schon jetzt werden einige Verwaltungsangelegenheiten an Gebietsinspektionen verschoben. Es ist deshalb weder aus dem Blickwinkel der Sachbearbeitung noch im Interesse der Bediensteten vermessen, für die Gebietsinspektionen einen oder zwei Verwaltungsbeamte einzufordern! Bislang sieht man hier jedoch nur eine Reduzierung des dortigen Innendienstes vor. Jeder Praktiker aber weiß, dass man sich illegal wieder Vollzugsbeamte heranziehen muss, um die Aufgaben künftig noch bewältigen zu können, wenn man nicht in anderer Weise Abhilfe schafft. Vom Halten der Qualität wollen wir da noch gar nicht reden.

Vor dem Besetzungsverfahren sollte es eine Beförderungsrunde geben! Dazu ist sich zumindest die GdP mit dem polizeiministeriellen Personalchef einig, denn in all den Querelen um eine Neubesetzung werden wir in der zweiten Jahreshälfte nicht auch noch Beurteilungen von über

6000 Polizeivollzugsbeamten heben können. Deshalb sollten wir noch vorher auf der Grundlage der bestehenden Beurteilungen befördern. Wir bitten den Minister dabei um Unterstützung!

Hierfür müsste das Geld ja da sein, was sich bei der Landeseinsatzzentrale schon wieder etwas anders verhält. Für die Statusmeldungen fehlt es am digitalen Funk und für die Einrichtung der LEZ an mehreren Millionen. Deshalb beschaffen wir erst einmal neue Pistolenholster, Taschenlampen und Schlagstöcke. Wie man immer an allem etwas Positives und etwas Schlechtes finden kann, so können wir zumindest bei den Taschenlampen mehr Gutes sehen.

Bei der Beschaffung von Pistolenholstern hingegen wurde die Frage: „Warum?“ schon gestellt. Aus den neuen Holstern soll das polizeiliche Gegenüber die Waffe nicht mehr so leicht entwenden können, obgleich zumindest der GdP dazu aber keine Echtfälle bekannt sind, die so ein Umdenken erforderlich machten. Jetzt haben wir ein Holster, bei dem die erforderlichen einstudierten Handgriffe in der richtigen Reihenfolge eine Entnahme der Pistole erschweren – aber auch für den Beamten! So kann man vielleicht keinem Kollegen mehr die Waffe entnehmen, doch es werden einige mehr zum Opfer, weil sie ihre Waffe nicht schnell genug ziehen konnten? Insoweit man uns eine Materialermüdung der alten Holster auch einreden kann, wollen wir die Zweifel am Erfordernis der Neubeschaffung einmal ablegen.

Der neue Schlagstock jedoch versetzt einen gelernten DDR-Bürger im ehemaligen Dienste des Staatsapparates in Angst und Schrecken. Beim damaligen Schlagstock, den man wegen der Verletzungsgefahr abgeschafft hat, konnte das polizeiliche Gegenüber wenigstens darauf bauen, dass er bei frostigen Temperaturen durchbricht. Mit der Anwendung des neuen „Hilfsmittels“ wird es aber wahrscheinlich eher um das nackte Überleben gehen!

Marko Grosa, Landesvorsitzender



# Zusammenarbeit Volkspolizei und Stasi

**Die neuesten Erkenntnisse zur Zusammenarbeit von Volkspolizei und der Staatssicherheit der ehemaligen DDR stellt das Mitglied der Gewerkschaft der Polizei, Gerhard Mörke, in seiner im Januar 2012 erschienen Publikation vor.**

Es handelt sich bereits um die dritte limitierte und geänderte Herausgabe seiner „Forschungsarbeit über die offizielle und inoffizielle Zusammenarbeit zwischen der Volkspolizei und der Staatssicherheit“ (ISBN 978-3934828-04-9). Die Erstherausgabe erfolgte 2005.

Seit ca. 20 Jahren bemüht sich der Autor, teilweise auch mit Unterstützung der Gewerkschaft der Polizei (GdP), darum, Licht in das Dunkle der Organisation der Arbeitsweise zwischen der Deutschen Volkspolizei (DVP) und der Staatssicherheit zu bringen. Hunderttausende Seiten der Staatssicherheit und der Volkspolizei wurden in den verschiedensten Archiven gesichtet. Alleine aus den Archiven der BStU erhielt der Autor seit 1998 ca. 31 000 Seiten Kopien von Originaldokumenten des MfS.

Man kann heute mit Fug und Recht sagen, dass nachfolgende Tatsachen als wissenschaftlich bewiesen gelten: Die offi-

zielle und inoffizielle Zusammenarbeit zwischen der DVP und dem MfS war nahezu flächendeckend. Sie entwickelte sich seit ca. 1983 nach und nach in der schwerpunktmäßigen Tendenz von der inoffiziellen zur offiziellen Zusammenarbeit hin. Dies gilt insbesondere bei den Führungskräften der DVP, dem Kollegium des Innenministeriums und den Hauptabteilungsleitern.

Die Schwierigkeit der Forschung besteht hier in der viel größeren Hinterlassenschaft an inoffiziellen gegenüber den offiziellen Arbeitsunterlagen des MfS. Der offizielle Umfang der Zusammenarbeit (POZW) wird insbesondere in den Dienstvorschriften der DVP und den dienstlichen Vereinbarungen zwischen den beiden Ministerien deutlich. Aus diesen Gründen hat der Autor ein umfangreiches Exzerpt aus den hauptsächlichen Gesetzen und Dienstvorschriften im Teil 1 der Arbeit gefertigt. Die Abwicklung und Verquickung der offiziellen und/mit der inoffiziellen Zusammenarbeit wird im Teil 2 beschrieben. Es konnte hier herausgearbeitet werden, dass das MfS und das Innenministerium vereinbarten, mit Wirkung des 1. 1. 1981 264 Abwehroffiziere Volkspolizei (AO) zu schaffen. Die Planstellen dieser hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS wurden durch das Innenministerium bezahlt. Innenminister Dickel ging offensichtlich davon aus, dadurch auf eine eigene interne Ermittlung zu verzichten und im Disziplinar- und Kontrollbereich Personal einsparen zu können. Innenminister Dickel führte, besonders bei Vorkommnissen mit den Volkspolizisten, des öfters Nachfrage zur Wirksamkeit der AO. Ab Mitte der 80er Jahre wurde auch der Politbereich der DVP für die Bearbeitung durch die AO bzw. der Abt. VII freigegeben.

Die IM-führenden operativen MfS-Mitarbeiter wurden seit ca. Ende der 70er, anfang der 80er Jahre leistungsbezogen bezahlt. Zusätzliche 150 Mark und je nach Leistung, wobei die Werbung von IM eine wesentliche Rolle spielte, wurden Mitarbeiter des MfS oftmals in ihrer Gehaltsstufe herauf oder heruntergestuft. Es wurden dafür drei in der Höhe gestaffelte Gehaltsstufen geschaffen. Diese Tatsache und ein überzogenes Planungsverhalten hinsichtlich einer flächendeckenden Durchdringung der Bereiche mit IM, war eine wesentliche Ursache für die Manipulation von IM-Unterlagen bis hin zur Schaffung von fiktiven IM-Vorgängen.

Der Umfang derartiger Vorgänge ist – besonders im Bereich der Volkspolizei und den Bereichen, wo POZW stattfand – erheblich größer, als bisher angenommen wurde. Nach Mörke hat die BStU im Umgang mit manipulierten und fiktiven IM-Unterlagen Probleme hinsichtlich der Transparenz und der Aufklärung. Sie meidet hierzu die wissenschaftliche Forschung. Durch Mörke erfolgt eine umfassende Kritik der BStU in ihrer Gutachtertätigkeit und im Umgang mit der Wahrhaftigkeit der Akten-Inhalte sowie über die Praxis der Stasi-Überprüfung Thüringens, aber auch darüber hinaus.

Eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten der Staatssicherheit und der BStU befindet sich im Anlagenteil der Schrift. So auch ein interner Bericht der BStU über fiktive IM-Vorgänge (v. Dezember 2006) sowie die MfS-Vorschrift über die leistungssteigernde Maßnahmen für IM-führende Angehörige des MfS. Die Forschungsarbeit wird im März 2012 zur Büchermesse in Leipzig ausgestellt.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

**Geschäftsstelle:**  
Juri-Gagarin-Ring 153  
99084 Erfurt  
Telefon: (03 61) 59 89 50  
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

**Redaktion:**  
Edgar Große (Vi.S.d.P.)  
PD Jena  
Am Anger 30  
Telefon: (0 36 41) 81-15 88  
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anlagenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Gerhard Mörke (li.) stellt Marko Grosa sein Buch vor.

Foto: LV



FORUM

**Zum Thema Polizeistrukturreform erreichten uns folgende Zuschriften:**

Wenn man Beamter werden möchte, so steht jeder junge Mensch, im Normalfall in einem Alter Anfang, Mitte 20, vor einer großen Entscheidung. Bei welchem Dienstherrn? In welchem Land? Welche Entwicklungsperspektiven ergeben sich.

Genau vor dieser Entscheidung stand ich auch vor vielen Jahren. Als heimatbewusster Thüringer fiel mir die Wahl damals nicht so schwer. Nun mit fortschreitenden Ideen unserer Politiker bin ich am Grübeln, ob Thüringen da die richtige Entscheidung war?

Sehen wir beispielhaft nur ein Bundesland weiter südlich, Bayern – dort gibt es Regelbeförderungen und bei uns in Thüringen gibt es Regelbeurteilungen. Sehen wir nach Westen – Hessen, dort wurde die zweigeteilte Laufbahn eingeführt – in Thüringen bekommen wir Dienstposten, die mit A 7/8 bewertet sind. Sehen wir in andere Bundesländer, die eine freie Heilfürsorge bis A 11/12 haben – in Thüringen haben wir eine Beihilfestelle und viele Ideen, Einsparpotenzial zu finden. Wenn man diese Informationen zusammenfasst, so komme ich zu dem Schluss, dass sich die Thüringer Politiker an den Sparschweinen Polizei und Beamte austoben. Aber nicht an der Technik und Know-how, sondern an den Menschen – an den Familien der Beamten. Wie kann es sein, dass Polizeibeamte, deren Eingangssamt A 7 ist und die 60 Prozent der Stellen in A 9 haben könnten, mit einer A 8 in Pension geschickt werden?

5% dürfen nur so gut sein, dass sie in den Genuss einer Beförderung kommen. Statistisch gesehen ergibt sich die Wahrscheinlichkeit einer Beförderung alle 20 Jahre. Damit kommen etliche gar nicht in ihr statusrechtliches Endamt. Völlig unverständlich.

Ich möchte noch einen Punkt aus dem aktuellen Geschehen herausgreifen. Jeder fragt sich, wie sein Dienstposten zukünftig bewertet sein wird. So ist zu lesen, dass Beamte, die Aufgaben im Streifen dienst wahrnehmen, sich zukünftig in den Einsatzzügen auf eine A 7/8 einrichten müssen. Dann wird wohl der erfahrene Hauptmeister bald einer aussterbenden Spezies angehören. Was hat sich an der Tätigkeiten geändert, dass die Stellen so nach unten bewertet werden?

Sehen wir in die Kriminalpolizei, erste Sachbearbeiter- und Kommissariatsleiterstellen wurden vor wenigen Jahren aufgrund ihres gestiegenen Anforderungs-

und Aufgabenprofils aufgewertet, und nun? Ist die Verantwortung geringer geworden? Der Sachbearbeiter bei der KPI soll auf eine A 9/10 reduziert werden. Sind die Verfahren einfacher geworden?

Sollen nicht mittelfristig noch fast 1000 Beschäftigte eingespart werden? Wird die Arbeit damit weniger, so dass dies die Abwertung der Dienstpostenbewertung rechtfertigt?

Zu guter Letzt ergibt sich für mich nur eines – eine zusätzliche Dienststelle, die Landespolizeidirektion wird geboren. Das hatten wir doch schon mal, damals hieß es Präsidium. Mit der gleichen Begründung, mit der das damals abgeschafft wurde, wird es heute unter anderem Namen wieder aufgebaut. Und diese neue Dienststelle muss, da wir nicht mehr Finanzen erhalten, kostenneutral entstehen. Wo spart man da – natürlich am Personal.

Wo soll das noch hinführen? Müssten wir uns glücklich schätzen, für Thüringen arbeiten zu dürfen und bald noch Geld mit auf Arbeit bringen? Dies ist kaum noch zu verstehen. Und das mit der Wohlverhaltenspflicht fällt bei solchen Entwicklungen richtig schwer, besonders wenn man Vorgesetzte hat, die glauben zu wissen, was für die Polizei gut ist. Laurence J. Peter hat einmal gesagt: „In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen“. Für mich haben einige Politiker und Polizeiführer diese Stufe sogar schon überschritten. (Name der Red. bekannt)

Jetzt ist die Katze aus dem Sack, ich darf demnächst wieder Polizeivollzugsdienst verrichten. Vor Jahren bekam ich ein gesundheitliches Problem, ich wurde Diabetiker. Just zu der Zeit ergab es sich, dass mein Dienstherr jemanden für den Bereich IuK (Information und Kommunikation) brauchte. Privat hatte ich mich schon immer für Computer interessiert und meinem PD-Leiter war es ganz recht, dass es da jemanden gab, der nicht nur wusste, wo beim PC der Knopf zum Einschalten ist. Ich habe viel Mühe, viel Geld und viel Freizeit darauf verwandt, mir das fehlende Fachwissen anzueignen. Fachliche Fortbildung der Polizei auf diesem Gebiet ist mir zumindest seit Jahren nicht angeboten worden.

Jetzt hat jemand im Innenministerium oder bei einem sogenannten Aufbaustab entschieden, meine Arbeit soll in Zukunft ein Verwaltungsbeamter übernehmen. Von bisher drei Mitarbeitern bleibt nur einer vor Ort, andere Mitarbeiter sol-

len in die neue Landespolizeidirektion wechseln und dann „temporär“ bei uns in der Dienststelle arbeiten. Das hat man sich angeblich von den Bayern abgeguckt. Von höherer Stelle aus hat man aber offensichtlich nicht erkannt, dass wir von Bayern zwar immer lernen wollen, aber nur eine deutlich billigere Variante des Computersystems in Thüringen aufgebaut haben. Bestimmte Abläufe, die dort funktionieren, gehen in Thüringen wegen fehlender technischer Basis nicht. Das ist den Verantwortlichen aber offensichtlich egal, Hauptsache wir bekommen wieder mehr Polizeibeamte auf die Straße.

Jahrelang war ich für den Job gut genug. Jetzt soll ihn ein Verwaltungsbeamter machen, der dafür genauso wenig ausgebildet ist, wie ich es war. Jemand, der bisher Kostenbescheide erstellt hat oder Reisekosten berechnet hat, ist dafür ja auch besser geeignet als ich. Ich lerne nun erst mal wieder Polizei, manches hat sich ja in den letzten Jahren doch deutlich verändert. Dann darf sich mein zukünftiger Chef schon mal Gedanken machen, wie er mich einsetzen will, der Polizeiarzt hat nämlich eine ganze Latte von Einschränkungen für mich aufgeschrieben. Oder muss ich nun sogar befürchten, dass ich ganz ausgemustert werde und in Pension gehen muss, weil ich zwar für meinen bisherigen Dienstposten geeignet war, nicht aber für den Einsatz- und Streifen dienst. Ich kenne in meiner Direktion einige Beamte des mittleren Dienstes, die nicht mehr gesund sind und die froh waren, wegen ihrer gesundheitlichen Probleme noch eine sinnvolle Verwendung in der Polizei zu finden. Die Meisten von ihnen sind auch nicht mehr die Jüngsten. Die sollen jetzt alle wieder auf die Straße. Man möge mir diesen Vergleich verzeihen, aber für mich ist das so ein bisschen wie der Volkssturm, der jetzt aufgerufen wird, um Thüringen zu retten. Man will offensichtlich gar nicht sehen, dass die verordnete Erhöhung des durchschnittlichen Lebensalters der Polizisten auch zu Problemen führt. Man muss ja sparen.

Paul Fröhlich





# „Aufbau OST“ – eine Veranstaltung mit Folgen?!

**Am 5. und 6. 12. 2011 fand das erste Treffen mit Mitgliedern der JUNGEN GRUPPE aus den neuen Bundesländern in Potsdam statt. Neben Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern konnten sich vor allem die Berliner auf das Treffen freuen, da sie in ihrem Aufbau der JUNGEN GRUPPE an den Erfahrungen der anderen Bundesländer profitieren können.**

Das ursprünglich von den Sachsen angelegte Treffen soll speziell die Probleme der ostdeutschen Länder, welche sich im Wesentlichen von denen der „alten Bundesländer“ unterscheiden, erörtern. Diskussionen anzuregen und gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden, war ein wesentlicher Bestandteil unserer Tagesordnung. Im Vordergrund stand die Ausrichtung zukünftiger Ziele und organisatorischer Unterstützungen von Veranstaltungen der JUNGEN GRUPPE in den „neuen Bundesländern“.

Die 22 jungen Vertreter der Länder hatten die Möglichkeit sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen und dabei die gewerkschaftliche Gemeinschaft zu festigen.

Bei diesem ausgiebigen Erfahrungsaustausch erhielt jedes Land die Möglichkeit, sich und die bereits erarbeiteten Erfolge zu präsentieren und allen teilnehmenden Gewerkschaftern zu erläutern. Die Gewerkschaftsarbeit in der JUNGEN GRUPPE attraktiv zu gestalten und Interesse zu wecken war hier Schwerpunkt. Wir haben erkannt, dass eine gehörige Portion Eigenverantwortung und Pflichtbewusstsein eines jeden Mitgliedes der JUNGEN GRUPPE Voraussetzung ist, um die Ziele der GdP zu erreichen und damit den Ansprüchen der „zahlenden“ Mitglieder oder derer, die es noch werden wollen, gerecht zu werden.

## Neue Ideen – Netzwerke

Neue Ideen einzubringen, Netzwerke zu bilden, Mitspracherechte wahrzunehmen und Möglichkeiten, sich an vielfältigen Angeboten gewerkschaftlicher Weiterbildungsmaßnahmen zu beteiligen, waren ebenfalls Punkte der konstruktiven Auseinandersetzung.

In einer Diskussionsrunde wurde ange-regt, sich als JUNGE GRUPPE zukünftig in die Übernahmeproblematik im mittleren bzw. gehobenen Polizeivollzugsdienst einzelner Länder, die jeweiligen Besol-

dungsproblematiken und Aufstiegsmöglichkeiten der Kollegen mehr einzubringen.

## Keine Kennzeichnungspflicht!

Ein weiterer interessanter Ansatzpunkt, welcher uns in naher Zukunft noch sehr beschäftigen wird, war die Auseinandersetzung über das Themenfeld der Kennzeichnungspflicht eingesetzter Beamten im geschlossenen Einsatz. Hauptinitiator des Themas war die Berliner Landesvertretung, da sie mit hoher Wahrscheinlichkeit das erste Bundesland vertreten wird, in dem dies fast unumgänglich



Spannende Diskussion Foto: Schwarz

scheint. Die gewerkschaftlichen Vertreter der ostdeutschen Länder waren sich schnell einig darüber, dass sie niemals als Befürworter der Kennzeichnungspflicht auftreten würden. Sollte es allerdings durch „höhere Mächte“ vorgegeben sein, dass eine Kennzeichnungspflicht in allen Ländern eingeführt wird, setzen wir uns mit unseren Möglichkeiten, als wesentlicher Gestalter einer solchen Anordnung, ein.

Um die Nachhaltigkeit der jungen Gewerkschaftsarbeit auch in den nächsten Jahren gewährleisten zu können, wurden Anträge bezüglich eines Konzeptes zur Gewinnung und Einarbeitung neuer engagierter Gewerkschafter diskutiert und formuliert. Dies basiert letztendlich aus der Notwendigkeit, dem demografischen Wandel in der Gewerkschaft entgegenzuwirken. Kolleginnen und Kollegen, die Ihre Führungspositionen und Personalratsämter auf Grund ihres Alters verlassen müssen, sollten zukünftig neuen motivierten jungen Leuten langfristig die Möglichkeit geben, von ihren Erfahrungen der Gewerkschaftsarbeit zu lernen. Ein wesentlicher Bestandteil in der Einarbeitung sollte dabei die Teilnahme und die Begleitung an

verschiedenen Seminaren in Vorbereitung auf die neuen Aufgaben sein.

## Betreuungsteam JUNGE GRUPPE

Dass bereits die Unterstützung polizeilicher Einsatzlagen durch freiwillige junge Gewerkschafter einen Fortschritt im Gemeinschaftswesen der Kolleginnen und Kollegen bedeuten kann, zeigte sich während des Castortransportes 2011. Mit großer Motivation wurden Betreuungsteams der „JUNGEN GRUPPE Bund“ gebildet, die in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit die eingesetzten Kräfte versorgten. Wir waren uns darüber einig, dass eine Weiterführung der sehr positiv angenommenen Dienstleistung in und um Gorleben in jedem Fall weitergeführt werden muss, um sich vor Ort für die Belange der „zahlenden“ Mitglieder einzusetzen. Darüber hinaus war es sehr angenehm zu erfahren, dass auch andere Gewerkschaften animiert wurden, unserem Beispiel zu folgen, um zuletzt noch mehr Kolleginnen und Kollegen im Einsatzraum zu erreichen und damit ebenfalls zum Ausdruck zu bringen, dass Mann/Frau gewerkschaftlich organisiert, nie alleine dastehen werden.

Nach einem langen Nachmittag konnten wir zu dem angenehmen Teil des Abends übergehen. Nach allen ausgetauschten Förmlichkeiten wurde in einer bekannten Potsdamer Bar geschlemmt. Hier wurden wir Thüringer insbesondere zu unserem Konzept der Blaulicht-Milieu-Party befragt. Spontan kam eine Zusage auf unsere Einladung, die Band „Pentatone“ eines Gewerkschaftskameraden aus Spremberg (Brandenburg), am 16. 3. 2012 in Erfurt zur Blaulicht-Milieu-Party, spielen zu lassen. Das sind unter anderem auch die Früchte, die wir zukünftig nach einem solchen Treffen ernten möchten.

## Nächstes Treffen in Thüringen

Letztendlich konnten wir Thüringer für uns feststellen, dass ein solches Treffen mit Sicherheit langfristig und nachhaltig positive Auswirkungen auf die Arbeit der jungen Gewerkschaft haben wird.

Das nächste Treffen wird voraussichtlich in diesem Jahr bis spätestens Oktober durch die JUNGE GRUPPE Thüringen organisiert.

Mal schauen was die Zukunft bringt, denn die Vergangenheit ist heute schon viel zu lange her ... **Johannes Schwarz**



**BERUFSVERTRETUNGEN**

**Interessenvertretung wirbt Gewerkschafter ab!**

Meine Amtskollegin vom Bund Deutscher Kriminalbeamter zeigt sich derzeit rege, indem sie mit fertig ausgefüllten Beitrittserklärungen des BDK und unterschriftreifen Austrittserklärungen auf unsere Mitglieder zugeht. Bei fast 4000 GdP-Mitgliedern im Land kann man in dem riesigen Netz an Vertrauensleuten unserer Berufsvertretung da schon einmal schnell auf GdP-Aktivisten stoßen,

die solche Feldzüge dann bekanntmachen.

Ich selbst habe über einige Jahre in derselben KPI in Verantwortung gestanden und hätte wahrlich ausreichend Chancen gehabt, eine vergleichbare Mitgliederwerbung zu betreiben. Dies entspricht aber weder meiner persönlichen Philosophie, noch den Interessen der GdP. Wir haben stets akzeptiert, dass je-

mand bereits gewerkschaftlich organisiert ist und favorisieren eher den gegenseitigen Respekt zur geleisteten Arbeit. An dieser Stelle wünsche ich mir von meiner Amtsschwester des BDK deshalb auch mehr Achtung und appelliere an sie, eher die Zusammenarbeit zu leben. Von uns hat niemand Interesse daran, vergleichbare Geschütze aufzufahren!

*Marko Grosa*

**JUNGE GRUPPE**

**3. Blaulicht-Milieu-Party 2012**

**3. Blaulicht-Milieu-Party 2012**

**Polizei – Rettungsdienst – Feuerwehr – Zoll – THW gemeinsam**

Am 16. März 2012 findet die dritte gemeinsame Blaulicht-Milieu-Party mit Kollegen aus den Bereichen Polizei, Ret-

tungsdienst, Feuerwehr, Krankenhäuser und Zoll statt.

Start ist um 19.00 Uhr im Presseklub Erfurt – mit dabei die Showacts DJ blaucrowd und die Band Pentatone aus Brandenburg – mit Pentatone-typischen, individuellen, handgemachten und einfach „anderen“ Songs, die euch sicher einheizen werden. GdP-Mitglieder haben frei-

en Eintritt mit dem Mitgliedsausweis oder der PSW-Card. Wie immer gibt es Freibier und Begrüßungssekt.

Karten gibt es im Vorverkauf für 5 € – ansonsten an der Abendkasse für 6 €!!!

**EINLASS NUR MIT DIENSTAUSWEIS !!!**

**Blaulicht-Milieu-Party 2012**

**Polizei – Rettungsdienst – Feuerwehr – Zoll – THW**

DJ Blaucrowd  
Showact Band: [www.pentatone.de](http://www.pentatone.de)

**PENTATONE**

**Hahn**  
Getränke seit 1855.

**ASB**  
Arbeiter-Samariter-Bund  
- Rettungsdienst -

**POLPUBLIK**  
Verlag für Polizeipublikationen GmbH

**Service-Gesellschaft für  
Polizeibeschäftigte mbH**  
Ein Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
- Landesbezirk Thüringen -

**Junge Gruppe**

**Freibier & Begrüßungssekt\***  
\*Unkosten für Getränke:  
**VVK 5€**  
**ABK 6€**

GdP-Mitglieder freier Eintritt  
mit GdP / PSW-Card

**>>> Einlass nur mit Dienstaussweis <<<**

**16.03.2012**  
im Presseklub Erfurt  
**Start 19.00 Uhr**

Kartenverkauf ab 01.02.2012  
Infos im Facebook/StudiVZ: Blaulicht-Milieu-Party Erfurt  
E-Mail: [t.hoyer@asb-erfurt.de](mailto:t.hoyer@asb-erfurt.de)





# Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum, ...

... erklang es am 17. 12. 2011 in der Polizeidirektion Nordhausen am Darrweg. Auch im Jahr 2011 wurde wieder die Kinderweihnachtsfeier organisiert. Der Weihnachtsmann war sehr gut vorbereitet und forderte diesmal die Eltern und Großeltern auf, zu zeigen, ob weihnachtliches Gefühl vorhanden ist. So wurde vor der Bescherung ein Lied vom Weihnachtsmann angestimmt. Alle anwesenden Kinder waren ganz angetan von dem Erscheinen des Weihnachtsmannes. Es war eine „schöne Bescherung“, die ohne Weiteres auf die gute Vorbereitung des Weihnachtsmannes zurückzuführen ist.

Einige der anwesenden Kinder waren doch erstaunlich zurückhaltend, wenn nicht sogar etwas schüchtern, als diese aufgerufen wurden, zum Weihnachtsmann zu gehen. Vor der Geschenkausgabe wurden durch den Weihnachtsmann einige Dinge zu jedem einzelnen Kind angesprochen, dabei waren die Kinder „Lammfromm“ und versprachen dem Weihnachtsmann alles.

Die Kaffeerunde, die auch zugleich zur Anregung von allerlei Gesprächen zwi-

schen Eltern und Großeltern diente, war auch wieder rundum gemütlich. Eine schöne Bescherung stellte Frau Carola Willner mit ihrem „Kreativ & Bastelservice“ zur Verfügung. Somit konnten an diesem Nachmittag allerlei Dinge gebastelt werden. Die Kinder konnten sich kreativ betätigen und so auch das ein oder andere „kleine Geschenk“ fertigen.

Besonderen Dank an Kollegen Heinz Brüchner, der auch im Jahr 2011 in der Vorweihnachtszeit immer sehr viel zu tun hat und trotz allem die Zeit fand, die Kinderaugen wieder zum Leuchten zu bringen. Danke! Die Organisatoren sind in voller Erwartung, dass auch im Jahr 2012 wieder eine gemeinsame Zusammenarbeit möglich sein wird. Danke auch an Frau Carola Willner vom „Kreativ & Bas-



Da war die Welt wieder in Ordnung.

Foto: NAuf

telservice“, die voller Ideen nicht nur die Kreativität der Kinder weckt. Ein herzliches Dankeschön an die Nordthüringer GdP-Kreisgruppe, den Landesbezirk sowie an die IPA Verbindungsstelle Nordhausen e.V. und allen anderen Mitwirkenden, die es ermöglichten, die Kinderweihnachtsfeier einmal mehr zu einem unvergesslichen Ereignis werden zu lassen.

Nicole Auffenberg

## SENIORENGRUPPE

# Was gibt es Neues bei der Polizei?

Das war die meistgestellte Frage bei der Weihnachtsfeier der Senioren der Kreisgruppe Jena am 13. Dezember 2011. Kreisgruppenvorsitzende Kerstin Henniger und Seniorenvorsitzender Jürgen Fuhrmann konnten rund 30 Senioren zu einer gemütlichen Runde begrüßen.

Der Leiter der Polizeidirektion Jena, Heiko Schmidt, informierte die Senioren über die polizeiliche Lage im Direktionsbereich und über den Stand der Polizeistrukturreform. Dazu gab es auch eine ganze Reihe von Nachfragen.

Die Senioren haben nach wie vor großes Interesse an ihren ehemaligen Arbeitsbereichen. Kritisiert wurden von mehreren Senioren die Pläne der Landesregierung zum Stellenabbau bei der Polizei. Ohne einen entsprechenden Personalkörper könne man Polizei halt nicht machen.

Edgar Große, stellv. Landesvorsitzender der GdP Thüringen, überbrachte Grüße vom Landesvorstand und informierte über die Arbeit des Landesbezir-

kes. Er verwies besonders auf die Aufgaben im Zusammenhang mit PSR. Er berichtet über den Stand von Rechtsverfahren, die für die Senioren noch von Bedeutung sind, ohne dass es dabei wirklich Neues gäbe. Weiter erläuterte er Pläne der Landesregierung im Beamtenbereich. Besonders die geplanten Änderungen der Beihilfevorschrift führten bei den Senioren zu großem Unmut. Sie besuchen relativ häufig einen Arzt und brauchen mehr Medikamente als junge Beamte. Für sie würden die geplanten Regelungen auf jeden Fall teurer als der heute Rechtsstand.

Kerstin Henniger informierte über die Arbeit der Kreisgruppe und Jürgen Fuhrmann erinnerte noch mal an die Aktivitä-



Heiko Schmidt (Mitte) informiert die Senioren.

Foto: Große

ten der Seniorengruppe im Jahr 2011. Die Pläne für das kommende Jahr wurden diskutiert und offensichtlich hat der Seniorenvorstand den Nerv der Kollegen wieder getroffen. Siegfried Jantschek stellte die Reiseangebote vor, die ebenfalls wieder auf reges Interesse stießen. Mit vielen Gesprächen über alte Zeiten, das Leben und die Zukunft klang der Nachmittag aus.



SENIORENGRUPPE

# Am Stammtisch belauscht

Willi: Grüß Dich Klaus, hast Du Deine Steuern schon beim Finanzamt bezahlt?

Klaus: Was heißt hier Steuern bezahlt, bei meiner geringen Rente brauche ich das nicht!

W.: Bist Du Dir da sicher? Ich wäre da vorsichtig, denn was nicht ist kann ja noch werden.

K.: Na ja, was noch werden kann, da ist man nie so sicher. Im Moment hab ich mit Steuern jedenfalls nichts am Hut. Der Staat soll zusehen, wo er seine Steuern herbekommt.

W.: Du wirst Dich wundern, der Staat holt sich seine Steuern jeden Tag von Dir.

K.: Wie das, versteh ich nicht.

W.: Na ganz einfach, wenn wir unseren halben Liter Bier getrunken haben, hat sich „unser“ Staat schon seine Steuer bei uns geholt. Und zwar zirka 50 Cent von jedem.

K.: Das sind ja etwa 20%, und ich war immer der Meinung, ich bezahle die Herstellungskosten für das Bier und den Verdienst unseres Wirtes, vom Hopfen und Malz, „Gott erhalt's“, über das Brauhaus und den Schanktresen bis auf unseren Stammtisch.

W.: Ganz schön blauäugig muss ich da schon sagen. Hast Du überhaupt eine

Ahnung, wie viel Steuern Du von Deiner Rente an den Staat zurückzahlst?

K.: Ehrlich gesagt, habe ich mir darüber noch nie so richtig Gedanken gemacht. Ich weiß nur, dass ich immer rechnen muss, um am Ende nicht mehr Monat als Geld zu haben.

W.: Also, die Biersteuer und die Umsatzsteuer hatten wir ja schon. Wenn Du mit Deinem PKW fährst, kommt die Kfz-Steuer, die Versicherungssteuer und die Mineralölsteuer und für unser Schnäpschen zum Bier gibt es die Branntweinsteuer.

K.: Unser Wirt muss Gewerbesteuer zahlen, ich geh davon aus, er legt sie auf das Bier um.

W.: So ist es. Auf jeder Tasse Kaffee liegt die Kaffeesteuer, an jedem Glimmstängel hängt die Tabaksteuer, selbst wenn Du Tanzen gehst, bezahlst Du Steuern, wenn Du zur Kur fährst kommt die ...

K.: Hör mal wieder auf, ich merke schon, unser ganzes Leben besteht aus Steuern. Für meinen Hund bezahl ich Steuern, fürs Kino bezahl ich Steuern, für die Einwegverpackung zahl ich Steuern, und was weiß ich, wofür ich oder wir noch alles Steuern bezahlen.

W.: Du siehst, wir könnten uns bis morgen früh darüber unterhalten und

hätten sie wahrscheinlich noch nicht alle aufgezählt. Das Übelste an dieser ganzen Sache sind aber die Steuerschlupflöcher, durch die eine Vielzahl „ehrwürdiger“ Bürger, um nicht zu sagen Schlitzohren, unseres Landes sich verdrücken.

K.: Ich hab da eine Idee. Du brauchst doch Sauerstoff zum Leben?

W.: Ja, was hat das aber jetzt mit Steuern zu tun, das verstehe ich nun wirklich nicht.

K.: Nah ganz einfach, man kann errechnen, wie viel Liter reinen Sauerstoff ein Mensch am Tag benötigt um leben zu können. Wenn der Herr Schäuble darauf eine Steuer erlässt, hat er die sicherste Steuerquelle aller Zeiten.

W.: Ein Glück, dass Du schon Rente bekommst und kein Finanzminister mehr werden kannst. Du würdest ja noch mehr Schaden anrichten als jetzt schon vorhanden ist.

K.: Ja, aber einen Vorteil hätte das Ganze, es könnte sich kein Winkeladvokat damit herausreden, dass er keine Luft zum Leben braucht, damit er so um diese Steuer herumkäme.

W.: Na dann auf die Sauerstoffsteuer – Prost!!

SW

## Einen Blick durchs Fernrohr gab es nicht

**Kürzlich besuchten die Senioren der Kreisgruppe Jena die Thüringer Landessternwarte in Tautenburg. 30 Senioren und Partner hatten die Einladung angenommen. Ihnen wurde ein Einblick in die Arbeit der Mitarbeiter der Sternwarte gegeben.**

Durch einen interessanten Vortrag wurden am Teleskop viele Dinge erklärt, die man so noch nicht kannte. Das Tautenburger Teleskop ist das größte Schmidt-Teleskop der Welt. Das nach seinem Erfinder Bernhard Schmidt benannte Teleskop hat im Fokus seines Spiegels eine besondere Kamera, mit der hervorragende Aufnahmen vom Sternenhimmel gemacht werden können. Das Teleskop hat eine Öffnung von 1,34 m, einen Spiegeldurchmesser von 2 m und eine Brennweite von 4 m. Von der Qualität der Aufnahmen konnten sich die Teilnehmer selbst überzeugen. Durch

die fest eingebaute Kamera eignet sich ein solches Teleskop aber nicht für direkte Beobachtungen, weshalb man eben keinen Blick durchs Fernrohr werfen kann.

1956 hatte die Akademie der Wissenschaften zu Berlin beschlossen, ein 2-m-Spiegelteleskop zu bauen. 1957 wurde Tautenburg als Standort ausgewählt und in drei Jahren wurde die Anlage errichtet. Am 19. Oktober 1960 erfolgte die feierliche Einweihung des Teleskops. Die Gesamtkosten betragen 13 232 615,16 Mark der DDR. Seit dieser Zeit wurde das Observatorium immer wieder erweitert, technisch modernisiert und ausgebaut. Es arbeitet mit wissenschaftlichen



Vorstellung des Observatoriums

Foto: Müller

Einrichtungen in der ganzen Welt zusammen.

Soviel Wissen macht hungrig und durstig und die Senioren ließen deshalb den Nachmittag in der Gaststätte in Tautenburg ausklingen. Der Vorstand der Seniorengruppe dankt Otto Ulrich für die Idee und die Organisation der Veranstaltung.





# Stellenentwicklung der Polizei in ...

## ... Sachsen

Im Freistaat Sachsen sollen im öffentlichen Dienst ca. 17 000 Stellen bis zum Jahr 2020 abgebaut werden. Die Anzahl aller Polizeibeschäftigten (Beamte und Tarifbeschäftigte) im Vergleich zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen ist aus der Sicht der Staatsregierung anzugleichen. Das zeugt von einer Abkehr von der bisherigen Sicherheitskonzeption. So waren im Stellen-Soll im Jahr 1991 laut Haushaltsplan 12 652 Polizeibeschäftigte bei einer Bevölkerung von 4,77 Mio. Einwohnern im Dienst des Freistaates. In den Jahren 2004/2005 standen demgegenüber bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung auf damals 4,29 Mio. Einwohner 15 286 Stellen. Ausbildungsstellen sind dabei unberücksichtigt.

Obwohl die Aufgaben der sächsischen Polizei nicht weniger und unkomplizierter werden, ist derzeit die Vorgabe einer künftigen Polizeistärke anhand von kuriosen Vergleichen, z. B. der Polizeidichte, politisch bestimmt. So wurde im Rahmen des Projekts „Polizei.Sachsen.2020“ im Jahr 2011 ein Feinkonzept der Öffentlichkeit vorgestellt.

Von 2005 bis 2011 wurden bereits 2000 Stellen abgebaut. Nun sollen weitere 2000 Stellen gestrichen werden. So sollen nach dem Willen der derzeitigen schwarz-gelben Regierung im Jahr 2020/2022 ggf. auch erst im Jahr 2025 (so genau weiß man es wohl nicht) noch 11 280 Stellen für die sächsische Polizei zur Verfügung stehen. Die Entwicklung stellt sich seit dem Jahr 2004 wie folgt dar:

Jahr	Gesamt (Polizei/Verwaltung und Service)
2004	15 286 (12 340/2946)
2008	14 572 (12 261/2311)
2010	13 991 (11 524/2367)
2011	13 497 (11 195/2302)
2012	13 274 (10 979/2295)
2022	11 280 (9650/1630)

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. **Torsten Scheller**

## ... Sachsen Anhalt

In Sachsen-Anhalt entwickelt sich der Personalbestand des Landes nur in eine Richtung, nach unten. Laut Personalentwicklungskonzept (PEK) 2011 soll der Stellenbestand bis 2020 von jetzt 52 000 auf 41 000 Stellen abgesenkt werden. Auch die Polizei soll ihren Beitrag dazu leisten und die Zahl der Beschäftigten von jetzt 8500 auf knapp 5800 verringern, davon 1800 Vollzugsstellen und 900 Verwaltungsstellen.

Der Bedarfsbemessung im Bereich des Polizeivollzuges liegt dabei wie in den Vorjahren auch ein einwohnerbezogener Vergleich der Personalausstattung (Polizeidichte) zugrunde. Die von der GdP in großer Regelmäßigkeit geforderte belastungsorientierte Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes ist auch im Jahre 2011 nicht erfolgt. Mangels einheitlicher, auf der Ebene der Fachminister abgestimmter Kriterien ist ein weiterführender Ländervergleich anhand belastungsorientierter Faktoren weiterhin nicht möglich, so die Aussage im PEK.

Das sicherlich lobenswerte Ziel des PEK, den Personalbestand des Landes auf 19 Vollzeitäquivalente je 1000 Einwohner zu reduzieren und damit anderen Flächenländern anzupassen, erscheint in der Praxis als nicht handelbar. Derzeit gibt es diverse Optimierungsmöglichkeiten und Zentralisierungsmöglichkeiten werden geprüft. Es gilt die Polizei lebens- und zukunftsfähig zu gestalten.

Dabei müssen wir als GdP insbesondere die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen im Auge behalten. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Ordnung auf immer weniger Schultern abzuwälzen ist ein unhaltbarer Zustand. Die Arbeitsverdichtung innerhalb der Polizei hat schon jetzt dramatische Folgen. Die deutlich über dem Durchschnitt liegende Krankenrate ist nur eine davon. Die gesundheitlichen Belastungen sind enorm und sollten noch stärker in den Fokus unserer Beachtung rücken.

**Guido Steinert**

## ... Thüringen

Die Diskussion über die Stellenentwicklung der Thüringer Polizei beschäftigt regelmäßig den Thüringer Landtag. Wegen des demografischen Wandels, sprich Bevölkerungsrückgangs, wurde dem öffentlichen Dienst in Thüringen ein Stellenabbauprogramm verordnet. 2005 hatte die damalige Landesregierung beschlossen, 7400 Stellen einzusparen. Davon sind per 31. 12. 2011 bereits 4213 abgebaut. Nun sollen bis 2020 insgesamt noch 8635 Stellen abgebaut werden.

Die Thüringer Polizei wurde seit 2004 um insgesamt 745 Stellen reduziert und soll in den kommenden acht Jahren nochmals um 924 Stellen verkleinert werden. Sie verliert damit rund 20 Prozent ihrer Beschäftigten, obwohl der Bevölkerungsrückgang nur 14 Prozent betragen soll. 15 Jahre lang werden z. B. keine Tarifbeschäftigten eingestellt. Neben dem Bevölkerungsrückgang will die Landesregierung erklärtermaßen „das Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Bevölkerung an das der Flächenländer West anpassen“.

Landtag und Landesregierung verkennen dabei offensichtlich, dass der Verwaltungsaufwand eines kleinen Flächenlandes im Verhältnis zu dem eines großen Flächenlandes höher ist, verweigern sich aber einer Diskussion über Länderfusionen. Sie müssten auch sofort um den Verlust von Einfluss und Pfründen fürchten. Die Polizei hätte bei einer Länderfusion weit weniger zu verlieren.

Sichtbarer Ausdruck des Stellenabbauprogramms ist die inzwischen in der Umsetzungsphase befindliche Polizei-strukturreform. „Unter dem Eindruck der schwierigen Haushaltssituation sowie der Demografie und der Personalentwicklung wurde der Behördenaufbau zu Bündelungszwecken um eine Hierarchieebene erweitert, um eine effektive und effiziente Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten“, heißt es in der Dienstvereinbarung zur personellen Umsetzung.

**Edgar Große**

